

01.11.2012 / Inland / Seite 5

Politiker im Angebot

Üppige Nebeneinkünfte nähren den Korruptionsverdacht

Von Aert van Riel

Das Internetportal Abgeordnetenwatch hat eine Liste der vermutlich zehn größten Nebenverdiener im Bundestag veröffentlicht. Einige Beispiele aus dieser Hitliste zeigen, wie Parlamentarier als Interessenvertreter von Unternehmen agieren.

Zumindest in einem Punkt unterscheidet sich Peer Steinbrück von den weiteren Spitzennebenverdienern im Bundestag. Er ist der einzige Sozialdemokrat in dieser unrühmlichen Hitliste. Nach Berechnungen der Internetplattform Abgeordnetenwatch sind hier auch acht Unions-Politiker sowie der FDP-Generalsekretär Patrick Döring vertreten. Nach Steinbrück streichen die ehemaligen Bundesminister Michael Glos (Wirtschaft) und Heinz Riesenhuber (Forschung und Technologie) in dieser Wahlperiode mit mindestens 546 000 Euro beziehungsweise 380 000 Euro am meisten Geld ein.

CDU-Mann Heinz Riesenhuber lässt sich seine Tätigkeiten in Beiräten und Aufsichtsräten von Unternehmen wie der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« GmbH, dem Chemiekonzern Altana und dem Konsumgüterhersteller Henkel vergüten. Michael Glos sitzt unter anderem im Beirat der PR- und Beratungsfirma Consultum Communications, die vor dem Schlagerwettbewerb »Eurovision Song Contest« das Image des autoritär regierten Staates Aserbaidshans verbessern sollte. Glos reiste in das rohstoffreiche Land und nahm an einer Feier zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit Aserbaidshans in Berlin teil. Auch sein Sohn, Alexander Glos, arbeitet für eine wirtschaftsnahe Organisation. Er ist Rechtsanwalt der Kanzlei Freshfields, die Unternehmen, Finanzinstitutionen sowie Regierungen berät und vertritt. Als Peer Steinbrück noch Bundesfinanzminister war, entwarf Freshfields mehrere Gesetze, unter anderem das Bankenrettungsgesetz.

Landesgruppenchef und Lobbyist

Als Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag engagierte sich Michael Glos bis zum Jahr 2004 im Beirat der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Die Lobby-Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, Einfluss auf Politik und Medien zu nehmen, um den neoliberalen Umbau der Wirtschaft in der Bundesrepublik fortzuführen. Ihr Vorsitzender ist Wolfgang Clement, einst sozialdemokratischer Wirtschafts- und Arbeitsminister sowie überzeugter Agenda-Politiker. Glos galt in seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister zwischen 2005 und 2009 als unternehmernah. So warnte er während der Debatte um den Post-Mindestlohn im Dezember

2007 in einem Schreiben an die Unions-Bundestagsfraktion davor, die Deregulierung der Zeitarbeit wieder rückgängig zu machen. Als Begründung führte er an, dass ansonsten »der Verlust vieler Arbeitsplätze droht«. Eine Rhetorik, der sich auch Sprecher von Unternehmerverbänden gerne bedienen.

Nebentätigkeiten verschwiegen

Mit Nebeneinkünften in Höhe von mindestens 155 500 Euro belegt der Koblenzer CDU-Mann Michael Fuchs Platz zehn der Liste. Allerdings hatte Fuchs kürzlich gegenüber der »Leipziger Volkszeitung« eingeräumt, dass er bei verschärfter Transparenz »vielleicht zwei, drei Positionen nach vorn rutschen« würde. Der Fraktionsvize hatte jahrelang mehrere Nebentätigkeiten auf seiner Bundestagswebseite verschwiegen. Erst seit einigen Monaten ist bekannt, dass Fuchs neben weiteren Jobs auch Vorstandsmitglied im Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Vorsitzender im Taiwan-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und Vorstandsmitglied in der German Chamber of Commerce (GCC) in Hongkong ist. Auch seine Ehrenpräsidentschaft im Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels hatte er zunächst nicht gemeldet.

Der Unternehmer ist einer der führenden Vertreter des Wirtschaftsflügels der Union und Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand. Recht schamlos präsentiert sich Fuchs zuweilen als wirtschaftsnaher Interessenvertreter. Nach dem AKW-Gau von Fukushima bemühte er sich, die Gefahren der Kernenergie zu verharmlosen. »Da bei uns nicht jene Erdbebengefahren wie in Japan bestehen, wäre es geradezu verwegen, diesen Fall für Deutschland zu instrumentalisieren«, sagte Fuchs damals. In der Atompolitik gelten seine Sorgen nicht den Menschen und der Umwelt, sondern allein mittelständischen Unternehmen, die viel Energie benötigen. Für sie seien schon geringfügig höhere Strompreise im Zuge des Atomausstiegs eine große Bedrohung, mutmaßte Fuchs. Aus seiner Sicht müssen die AKW-Laufzeiten verlängert werden.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/802950.politiker-im-angebot.html>